



Ein Taxi-Fahrer und sein Protest gegen Uber: Weltweit wächst der Ärger über das Geschäftsmodell der Kalifornier.

MARIO CRUZ/KEYSTONE

ANALYSE zur Digitalisierung und zur lange unterschätzten Sprengkraft des Prinzips Uber

Böse Überraschung

Verzweifelte Fast-Pensionäre, ausgebeutete Ex-Taxifahrer, streikende Konkurrenz – nicht gerade die Bilder, die der Fahrtenvermittler Uber aus dem Silicon Valley produzieren möchte. Und doch sind sie da. Zuletzt in der «Rundschau» des SRF vom letzten Mittwoch. Es sind Bilder, die getrost als Schattenseite der Digitalisierung bezeichnet werden können. Bilder, die einen ahnen lassen, was passiert, wenn wir die Digitalisierung nur über uns ergehen lassen, statt sie mitzugestalten.

Wer Politikern und Unternehmern zuhört, wenn sie über den Vormarsch der Digitalisierung sprechen, der kann, wenn er genau aufpasst, etwas Interessantes beobachten. Sobald das Wort «disruptiv» fällt, schiesst Rednern wie Zuhörern ein gewinnendes Leuchten in die Augen. Denn «disruptiv» – was so viel bedeutet wie das Zerreissen einer alten Technologie und das Verdrängen derselben durch eine neue – ist ein Signalwort. Das Signalwort der Digitalisierung. Wer es benutzt, der sagt in Wirklichkeit: «Ich habe verstanden, worum es geht. Nämlich um etwas völlig Neues.» Wie weit diese Veränderung in Wahrheit jedoch geht, das haben, wie sich nun zeigt, die wenigsten auf dem Schirm gehabt. Es verdichten sich die Anzeichen, dass wir nicht einmal ansatzweise verstanden haben, was sich durch die Digitalisierung in unserem Leben alles ändert.

Die Unternehmen entbinden sich von der Verantwortung

Im aktuellen Fall ist man sich nicht einmal beim Grundsätzlichen einig. So sieht sich Uber selbst gar nicht als Arbeitgeber, sondern lediglich als Technologieplattform. Die Sozialversicherungsanstalt (SVA) Zürich behandelt Uber laut «NZZ am Sonntag» jedoch sehr wohl als Arbeitgeber und fordert eine Nachdeklaration der Sozialversicherungsbeiträge.

Hat der Milliardenkonzern Uber Pflichten?
Hat er überhaupt Mitarbeiter? Das sollen



Fabian Hock
«Wir haben nicht einmal ansatzweise verstanden, was sich durch die Digitalisierung in unserem Leben alles ändert.»

jetzt Gerichte klären. Doch passt Uber mit seinem Geschäftsmodell überhaupt in unsere Rechtsordnung? Und was tun wir, wenn Uber Recht bekommt? Wenn es kein Arbeitgeber, sondern nur eine Plattform ist – soll man Uber dann verbieten, weil es die Fahrer ausbeutet? Das wäre wohl die schlechteste Lösung. Denn das bessere Konzept wird sich durchsetzen: Ob Uber oder das Taxiwesen am Ende gewinnt – nicht wenige würden ihr Geld auf Uber setzen. Ein gerichtliches Verbot würde lediglich Zeit bringen, denn wenn eine bessere Idee da ist, wird sie über kurz oder lang auch umgesetzt.

Dass niemand so genau weiss, wie man Uber, Google oder auch Airbnb, das Schreckgespenst der Hoteliers, anpacken soll, legt ein kaum zu überschätzendes Problem frei. Es ist das Problem, das wir lösen müssen, wenn wir die Digitalisierung gestalten und nicht nur geschehen lassen wollen: Diese Firmen bewegen sich mit ihren Geschäftsmodellen in einem weitgehend unregulierten Raum. Sie schaffen Tatsachen, mit denen sich demokratische Institutionen hinterher mühsam herumschlagen müssen.

Passen wir nicht auf, schaffen wir uns ein neues Prekariat

Vollkommen zu Recht stellt der Ruf nach mehr Regulierung jedem vernünftigen Unternehmer die Nackenhaare auf – hier ist er jedoch nicht nur richtig, sondern bitter nötig. Warum, zeigt ein Blick auf eine mögliche Entwicklung, für die die Uber-Fahrer aus der «Rundschau» beispielhaft stehen: die Gefahr eines neuen Prekariats. Silicon-Valley-Manager nehmen das in Kauf, denn sie kalkulieren in ihre Gesamtrechnung mit ein, dass wir unsere Sozialsysteme grundlegend reformieren müssen. Nicht umsonst sind viele unter ihnen Befürworter von Ideen wie jener des Grundeinkommens.

Hinter dieser Überlegung steht nicht die Frage, ob die Jobs künftig in ihrer Gesamtzahl abnehmen werden, nach dem Motto:

Der Glückliche angelt sich einen der immer weniger werdenden Jobs in den Fabriken (oder Taxizentralen), der Pechvogel, der keinen mehr erwischt hat, überbrückt die Zeit der Jobsuche mit dem Geld, das er vom Staat bekommt. Nein, geht es nach den Silicon-Valley-Leuten, brauchen wir die neue Form der Finanzierung aus einem anderen Grund: Arbeit wird beliebig. Nicht alle Arbeit natürlich, aber Tätigkeiten wie die private Personenbeförderung schon. Auf meiner Fahrt zum Coiffeur findet Uber Mitfahrer, so dass die Fahrt für mich günstiger wird. Auf dem Rückweg schickt mich die App zum Kaufhaus ums Eck, wo ich ein Paket für eine Empfängerin, die in meiner Strasse wohnt, abhole. Angewiesen bin ich auf solche Fahrten nicht. Aber wenn ich sie tätige, gewinnen alle. Ausser Taxifahrer und Pöstler, die die Arbeiten gern hauptberuflich erledigt hätten.

Für ihre Situation muss eine Lösung gefunden werden. Genau wie für die offene Frage nach der Verantwortung desjenigen, der sich mit seinem Geschäftsmodell durchgesetzt hat. Klar ist: Es braucht ein Finanzierungsmodell für unsere Sozialsysteme, das den digitalisierungsbedingten Veränderungen unserer Arbeit Rechnung trägt – ob dieses nun Grundeinkommen heisst oder einem gänzlich anderen Prinzip folgt, sei dahingestellt. Gut ist in jedem Fall, dass eine Debatte wie zurzeit im Vorfeld der anstehenden Abstimmung über das Grundeinkommen stattfindet.

Was indes in keinem Fall geschehen darf ist, dass die Digitalisierung unsere hart erkämpften Sozialsysteme in der Logik des Silicon Valley untergehen lässt. Beim Tempo, das Uber und Co. vorlegen, müssen wir schnellere Lösungen anbieten. Sonst werden Tatsachen geschaffen, die weder Gerichte noch Behörden so leicht korrigieren können. Sind wir zu langsam, wird die Digitalisierung nicht nur das ein oder andere Geschäftsmodell zerreissen, sondern auch unsere soziale Ordnung.

@ fabian.hock@azmedien.ch

Aufgeschnappt

❖ Frostige Zeiten

Schlechte Nachrichten für uns alle: Swiss-Life-Chef **Patrick Frost** sagte der «SonntagsZeitung», dass der Generationenvertrag neu verhandelt werden muss. Seine Formel: «Da die Menschen länger leben, muss das Geld länger reichen.» Anders gesagt: Wer später stirbt, ist früher arm. Um uns nicht schuldig zu machen, auf Kosten unserer Kinder und Grosskinder zu leben, fordert Frost: Wir sollten weniger Rente bekommen und länger arbeiten. (FHO)



❖ Atom oder Nichtatom

Über «Sein oder Nichtsein» von Atomkraftwerken entscheidet heute die Politik. Das sagte Alpiq-Präsident **Jens Alder** der «SonntagsZeitung». Stichwort: Atom-Ausstiegsinitiative. Eine grosse Herausforderung sei es, «in dieser Situation eine Unternehmensstrategie zu entwickeln». Nun ja, es hilft ja nichts: Die Übel, die wir haben, gilt es für Alder zu ertragen. (FHO)



Mode-Deal

Blackout-Käufer ist bereits Besitzer

Die Modekette Blackout wird von der deutschen Handelsgesellschaft Jeans Fritz übernommen. Das steht seit verganginem Freitag fest. Ebenso, dass 31 der 92 Filialen weitergeführt werden. Wie der «SonntagsBlick» gestern berichtete, bleibt sogar noch mehr beim Alten: Denn hinter Jeans Fritz und Blackout steht dieselbe Eigentümerin.

Laut «SonntagsBlick» hält die Investitionsgesellschaft Opcon AG die Mehrheit an beiden Unternehmen. Reto Quinter, Verwaltungsratspräsident von Blackout und Opcon, sagte dem Blatt: «Dass beide Unternehmen dem gleichen Inhaber gehören, ist kein Skandal.» Vielmehr sei es ein Glücksfall. Denn es hätte auch anders kommen können: Wie der «SonntagsBlick» weiter schreibt, habe es mit Camp David einen weiteren Interessenten gegeben. Dieser hätte jedoch nur 16 Filialen übernommen. Mit der Opcon-Lösung werden immerhin 120 der 500 Blackout-Mitarbeiter nach der bereits ausgesprochenen Kündigung wieder angestellt. (FHO)

NACHRICHTEN

BANKEN

Privatbank Lombard Odier will Namen beibehalten

Die Genfer Traditionsbank Lombard Odier will ihren Namen behalten. Dies, obwohl der letzte Teilhaber, der den Namen Lombard trug, das Geldinstitut bereits Ende 2014 verlassen hatte. Das sagte Patrick Odier, Senior Partner der Bank und Präsident des Verwaltungsrats, in einem Interview mit Westschweizer Zeitung «Le Matin Dimanche». Thierry Lombard und sein Sohn Alexis sind seit ihrem Austritt an der Lausanner Privatbank Landolt beteiligt. (SDA)

MIETERVERBAND

Sommaruga will Auflagen für Airbnb-Nutzer

Der Schweizer Mieterverband befürchtet, dass sich die Wohnungsnot in den Städten wegen des Online-Schlafplatzanbieters Airbnb verschärft. Der Genfer SP-Nationalrat und Vizepräsident des Verbands, Carlo Sommaruga, fordert deshalb Auflagen für die Nutzer des Dienstes. Diese sollten Abgaben wie Übernachtungs- und Kurtaxen entrichten, sagte Sommaruga. (SDA)

Chinas Exporte schrumpfen wieder

Aussenhandel Neue Sorgen um Chinas Konjunktur nach kurzer Verschnaufpause.

VON CHRISTIAN HUNKELER

In China dämpfen unerwartet schwache Aussenhandelsdaten die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung. Ein Rückgang der Exporte im April nährt Befürchtungen, dass die deutliche Er-

holung im vorangegangenen Monat nur ein kurzes Strohfeuer war.

Die Ausfuhren schrumpften im vergangenen Monat um 1,8 Prozent, wie die Zollbehörde am Sonntag mitteilte. Ökonomen hatten lediglich ein Minus im Vorjahresvergleich von 0,1 Prozent prognostiziert. Im März hatte es noch ein überraschendes Wachstum von 11,5 Prozent gegeben. Auch die Inlandsnachfrage bleibt schwach. Die Importe in die Volksrepublik fielen im April den

18. Monat hintereinander. Die Rate war mit minus 10,9 Prozent mehr als doppelt so hoch wie von Volkswirten geschätzt. Im vergangenen Monat kam China auf einen Handelsüberschuss von 45,56 Milliarden Dollar, gut fünf Milliarden mehr als erwartet.

Die Daten bestätigten die gedämpften Handelsaktivitäten in Asien, sagte Commerzbank-Ökonom Zhou Hao. «Das deutet auf ein weiteres schwieriges Jahr für die Märkte in den Schwel-

lenländern hin.» Die chinesischen Ausfuhren in die USA brachen im April um 9,3 Prozent ein. Die Lieferungen in die EU legten dagegen 3,2 Prozent zu.

Die Regierung in Peking konstatierte jüngst anhaltenden Gegenwind für die heimische Wirtschaft. Sie will mit staatlichen Investitionen und einer lockeren Geldpolitik für Impulse sorgen. Die Exporte sollen angekurbelt werden durch Anreize für Banken zur Kreditvergabe und Steuernachlässe für Firmen. (SDA)